

Linie als »ausführendes Organ« des Führers und setzte sich ihm gegenüber niemals durch. Die Rivalitäten der Wehrmachtteile untereinander und zumal mit Göring, die Kämpfe um höhere Stahlkontingente und die Probleme mit dem Arbeitskräftemangel seit 1938 ließen in der Marine ein vopolitisch-borniertes Organisations-Bewußtsein entstehen, in dem die Weltgeltungs- und Hegemoniespekulationen Hitlers einen weitaus gewichtigeren Stellenwert besaßen als realistische Kalküls über die rüstungspolitischen und strategischen Möglichkeiten einer deutschen Marine.

Am Schluß seines Buches stellt Dülffer fest, der Nationalsozialismus als »diffuse Mischideologie« mit seinen Hauptkomponenten Antibolschewismus, Antisemitismus, Lebensraumexpansion, soziale Versprechungen und Führerkult habe sich als die bis dahin stärkste Integrationsklammer zur Erhaltung der Sozialstruktur erwiesen. Indes merkt er zugleich auch an, daß nicht unerhebliche Binnen-Konflikte des Nationalsozialismus von ihm selbst auch produziert worden seien. Gerade die mit irrationalem Nachdruck geförderte Marinerrüstung habe zu Spannungen in der Arbeiterschaft der Küstenorte erheblich beigetragen. Hinzuzufügen ist ferner, daß die Flottenrüstung sich als arge Belastung für die Wirtschaftspläne erwies. Obwohl Dülffer verschiedentlich darauf hinweist, daß Einzelentscheidungen im Rüstungsprozeß wirtschaftliche Gesichtspunkte einseitig zugunsten strategischer Überlegungen favorisierten (z. B. S. 389), widerspricht die Modalität der Aufrüstung insgesamt durchaus auch der Rationalität kapitalistischer Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Interesse, wie sich das Verhältnis von politischer Führung (Hitler) zu militärischer Führung (Raeder) entwickelt hat. Als Teilstreitkraft ständig in Ressortauseinandersetzungen verwickelt und deshalb mit einem kräftigen Schuß Ressortegoismus versehen, verquickte die offizielle Marine-Ideologie Eigeninteresse und Gesamtinteresse auf das engste. Für ihre Offiziere, auch für Raeder, stand außer Frage, daß die politische Geltung eines Landes in erster Linie von seinem Rang als Seemacht abhängt. Diese Identifikation mag es der Marineleitung unmöglich gemacht haben, eine Politik als verhängnisvoll zu durchschauen, in deren Programm der Flottenbau eine hohe Priorität genoß. Raeder selbst wird von Dülffer eine »unpolitische Haltung« zugeschrieben, wobei er das Adjektiv in Anführungsstriche setzt (S. 542). Damit kann also nur gemeint sein eine moralische Indifferenz gegenüber den Mitteln der eingeschlagenen Politik und eine Identifizierung mit ihren Zielen. Technokratische Bedenken (etwa bezüglich des Tempos der Rüstung) wurden zusätzlich hintangestellt, so daß diese Art von »unpolitischer Haltung« im höchsten Grade fragwürdig wird.

Dülffers Arbeit, hervorgegangen aus einer Dissertation, kann durchaus mit Recht beanspruchen, als eine Art Fortsetzung von Berghahns »Tirpitz-Plan« angesehen zu werden. Sie vermag nicht nur den Historiker mit einer Fülle neuer Erkenntnisse über bestimmte Ereignisse in der Geschichte der deutschen Marine zu versorgen, sondern wird auch dem Sozialwissenschaftler, der sich mit militär-soziologischen oder auch die Entwicklung ganzer Gesellschaften thematisierenden Fragestellungen beschäftigt, viel zu bieten haben. Sie verdient großes Lob.

Wilfried von Bredow

Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Für das Militärgeschichtliche Forschungsamt hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann, Droste Verlag, Düsseldorf 1975, 415 S., kart., 30 DM.

Rüstungsgeschichte ist, sofern sie als wissenschaftliche Spezialdisziplin betrieben wurde, von den aufgeschlosseneren Militärhistorikern als rüstungspolitisches und rüstungstechnisches, nicht oder nur in geringem Maße aber als rüstungsökonomisches Thema verstanden worden. Die Militärs selbst hielten sich bis in die Gegenwart in ihrer Mehrzahl völlig abseits und pflegten ihre rüstungswirtschaftlichen Forderungen mit organisatorischen und strategischen Sachzwängen zu legitimieren. Eine Tagung des Militärgeschichtlichen For-

schungsamtes sollte diesem Notstand abhelfen und zugleich in- und ausländischen Wissenschaftlern aus verschiedenen Disziplinen die Gelegenheit geben, die Verzahnung von Wirtschaft und Rüstung in einer Reihe von Ländern zu untersuchen.

Für die Militär- und Rüstungsgeschichte ist der vorliegende Tagungsband ein neuer Anstoß, wie dies *E. Hennig* in seinen ›Anmerkungen zum Stand der Faschismuskussion‹ darlegt. Für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte war die Tagung eine Gelegenheit, ihre Thesen an dem besonderen und gleichzeitig zentralen Objekt der Rüstung erneut zu prüfen, bestehende Kontroversen auszutragen und voranzutreiben. *W. Fischer* hat dies etwa in einem knapp vierseitigen Korreferat (›Probleme von Außenhandel und Aufrüstung‹) getan, als er nach möglichen Alternativen der Aufrüstungspolitik und nach »den Gründen für ihr Nichtzustandekommen« fragte (S. 133).

Thematisch wird das Problem der Interdependenz von Rüstung und Wirtschaft von verschiedenen Seiten angegangen. *W. Boelke* untersucht im wesentlichen auf der Basis von bekannten (aber immer noch unsicheren) Datengrundlagen Probleme der Finanzierung von Militärausgaben im internationalen Vergleich. *K.-H. Ludwig* analysiert die ›Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935‹. *D. Petzina* referiert über den Vierjahresplan und die Rüstungspolitik. *W. Treue* schließlich wendet sich am Beispiel der RWE dem Spezialgebiet der Elektrizitätswirtschaft im Rahmen der Rüstungsindustrie zu. Diese mehr oder minder weit gefaßten Einzelthemen machen sehr deutlich, daß auch in scheinbar bekannten Gebieten (etwa Vierjahresplan oder Rüstungsfinanzierung) nach wie vor wichtige empirische Unterlagen fehlen und daß zudem ganz offensichtlich die Frageraster und die Untersuchungskategorien unter dem Gesichtspunkt der übergreifenden Analyse des Faschismus an der Macht neu überdacht werden müssen.

Diesen Versuch unternahmen *A. Milward* und *T. Mason* auf je eigene Weise. Während *Milward* auf sehr allgemeiner, ›Clausewitzscher‹ Ebene Ansätze zu einer Theorie der Rüstungs- und Kriegswirtschaft entwickelte, stellte *Mason* erneut seine spektakuläre These von dem kausalen Zusammenhang der Krise des nationalsozialistischen Wirtschafts- und Sozialsystems, der Aufrüstung und den Angriffskriegen 1938/39 vor. Auf die inhaltlichen Einzelheiten dieser These braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da sie inzwischen in *Masons* Dokumentation (Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft) sehr viel genauer und sehr viel differenzierter ausgearbeitet wurden. Ihr zentraler Kern ist die durch viele aussagekräftige Dokumente bestätigte Auffassung, daß die wirtschaftliche und soziale Doppelkrise auf Grund der beschleunigten Aufrüstung in dem inflexiblen NS-Herrschaftssystem den Anstoß für die ›krisenbehebenden‹ (durch die erwartete Ausplünderung, aber auch durch die neu gewonnene Möglichkeit zu ›symbolischer‹ Politik) Angriffskriege gegeben hat.

Unbehagen bereitet an dieser These weniger ein fehlendes Dokument, das dies alles bestätigen würde, sondern die geradezu unheimliche Geschlossenheit des Systems, von dem man nicht weiß, ob es ein Ideal- oder ein Realkonstrukt ist. *Mason* hält es lediglich dahingehend offen, daß er strikte Kausalitäten aus geschichtstheoretischen Gründen ablehnt und statt dessen von eingeschränkten Möglichkeiten spricht. Im Grunde liegt die Ursache für solche etwas vage Stellen in dem nur faktisch gewonnenen Bild der Krise, über die selbst es auf Grund der Recherchen keine Zweifel mehr geben kann. Symptome wurden von *Mason* eindrucksvoll zusammengesetzt, aber die ›Krankheit‹ – wenn man die Metapher verwenden will – nur ansatzweise diagnostiziert.

Eine Einsicht im Rahmen des komplizierten Gesamtkomplexes der ›inneren Krise‹ verdient besondere Beachtung. Das Ende der Arbeitslosigkeit, die erhöhte Konsumtion (eine Ursache der ökonomischen Überhitzung), führte *nicht* zur sozialen Befriedigung oder gar Zufriedenheit, sondern ging nahtlos über in ein Ansteigen der sozialen Unruhe, die sich sowohl subpolitisch (Bummelei) als auch als Herrschaftskrise (Stichwort: NS-Funktionäre) und auch als politische Zielkrise (Ablehnung von Krieg und rassistischem Imperialismus)

ausdrückte. Gerade diese vielschichtigen und auf den ersten Blick widersprüchlichen Zusammenhänge bedürften noch einer eindringlicheren Interpretation.

Ein weiterer eindrucksvoller Aspekt dieses Bandes ist, daß knapp die Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes für die internationale Rüstungsgeschichte verwandt wird. Allerdings erreichen nicht alle Länderstudien – hauptsächlich aufgrund der etwas weitgefaßten Themenstellung – das Reflexionsniveau der Beiträge über das Dritte Reich. *A. Raspin* untersucht in großen Zügen den Verlauf der italienischen Aufrüstung. *B. Martin* bietet einen Überblick über die japanische Aufrüstung und das Problem des wirtschaftlichen und militärischen Imperialismus der japanischen Herrschaftseliten zwischen 1931 und 1941, während für Großbritannien *N. Gibbs* und *R. A. C. Parker* den außenpolitischen Einflüssen Deutschlands auf die britische Aufrüstung nachgehen. *W. Hummelberger* schließlich untersucht die tschechoslowakische Rüstungsindustrie vor allem unter militärtechnischen Gesichtspunkten.

Die wohl interessanteste und aufschlußreichste Kontroverse entwickelte sich am Beispiel Polens zwischen *M. Hauner* und *G. W. Strobel*. Es geht dabei vor allem um zwei Probleme: Welchen Anteil hatten dirigistische und staatsinterventionistische Eingriffe in der polnischen Wirtschaft der Zwischenkriegszeit im allgemeinen, und welche quantitative und qualitative Bedeutung kam den militärindustriellen bzw. den zivilen (oder nicht-militärischen) Investitionen insbesondere beim Aufbau des Zentral-Industrie-Bezirk (C. O. P., seit 1936) zu. Die Diskussion entspricht – mit dem einen wichtigen Unterschied der industriellen Entwicklungspolitik – der Auseinandersetzung um die Arbeitsbeschaffungspolitik in Deutschland. Hauner hebt in beiden Fragen das militärische Interesse und das militärische Durchsetzungsvermögen auf Grund der Herrschaftsverhältnisse hervor und sieht den polnischen Vierjahresplan (1936–1940) und das Projekt eines zentralen Industriebezirk als Resultat der Bemühungen um die Modernisierung der Streitkräfte und des Aufbaus einer nationalen militärischen Infrastruktur. Dagegen betont Strobel den relativ geringen Einfluß des Militärs und hebt vor allem auf entwicklungspolitische, sozialpazifizierende, unifizierende (Minderheiten) und konjunkturpolitische Elemente der Planung ab. Wie immer die Kontroverse ausgeht: Polen könnte nicht nur ein hervorragendes Vergleichsobjekt für die deutschen Verhältnisse abgeben, sondern sich auch als Beispiel für Industrialisierung unter militärischem Druck und militärischer Sicherung eignen. Dieser Typ der Industrialisierung wurde nicht nur wieder nach der Befreiung Polens aufgegriffen (allerdings dann stark modifiziert), sondern verschiedene Charakteristika lassen sich gerade in Ländern der Dritten Welt bei Industrialisierungsbestrebungen beobachten.

Ein weiteres wichtiges Thema wird zwar angesprochen, spielt aber insgesamt nur eine untergeordnete Rolle in diesem Band und darüber hinaus wohl generell in der Analyse der Rüstungspolitik des Dritten Reiches: Die Frage nach der »Funktion und Gewichtung ökonomischer (insbesondere auch rüstungswirtschaftlicher) und finanzieller Faktoren in den zwischenstaatlichen Beziehungen« (S. 296) wird in dem sehr materialreichen Beitrag von *H.-E. Volkmann*, dessen Kern eine Analyse des Rüstungsexportes ist, ganz der Leitfrage nach der Funktion des Rüstungsexportes in der »inneren Krise« untergeordnet. Ebenso bleibt *B.-J. Wendts* Zusammenfassung seiner These über die deutsch-britische Konkurrenz auf dem südosteuropäischen Markt in dem inzwischen geläufigen, wenn auch längst noch nicht allgemein anerkannten Zusammenhang von Innen- und Außenwirtschaftspolitik. Allein *A. Teichova* versteht es, diese Ebene um die internationale, private Machtagglomeration der Kartelle und Konzerne zu erweitern. Am Beispiel zweier zentraler Rüstungsbranchen, der Eisen- und Stahlindustrie und der chemischen Industrie, verwirft sie die These von einem ökonomischen München und verweist auf das Beharrungsvermögen privater Machtstrukturen in Südosteuropa, die erst durch offene Gewalt umgewälzt wurden.

Hier läge am ehesten der Ansatzpunkt für den Problembereich der Kriegszieldiskussion, der seltsamerweise in keinem der Beiträge angeschnitten wurde. Dies wirft noch einmal ein

Licht auf die eigentümliche Wendung, die die Faschismuskussion neuerdings – und gerade in diesem Band dokumentiert – genommen hat: Das Ergebnis von 6 Jahren Aufrüstung war eine tiefliegende, aber in sich sehr widersprüchliche Krise sozialpolitischer und wirtschaftlicher Art, so daß die Angriffskriege eine Art negative Krisenvermeidungsstrategie waren. Kriegsziele wurden dagegen von der relativ autonomen politischen Macht (die diese Autonomie erst in der Krise gewonnen hatte) als ›Krisenbekämpfung‹ (was den Zeitpunkt 1938/39 angeht) und als ideologisches Ziel (rassistisch-imperialistische Raumbherrschaft) formuliert und durchgesetzt. Dies ist sicherlich etwas überspitzt, doch verweist dieser Gedankengang auf eine stille Revision der seit 1945 zu diesem Thema vorgetragenen Behauptungen – und sei es nur aufgrund eines gewandelten Interesses. Diese Entwicklung kann nicht unkritisiert bleiben, da sie in die Nähe der (bisher apologetisch gebrauchten) Auffassung zu geraten droht, daß die konservativen Führungseliten allenfalls für die Aufrüstung, nicht aber für den Einsatz des militärischen Instruments (mit)verantwortlich seien.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt – eine militärische Behörde – hat mit der Herausgabe dieses Tagungsbandes, der ein ungewöhnlich breites Spektrum an Themen und Forschungsthesen enthält, einen wichtigen Beitrag zu der immer noch am Anfang stehenden Erforschung von Rüstung, Industrie und Politik in der Zwischenkriegszeit und zur Zeit des Nationalsozialismus geleistet. Es bleibt zu hoffen, daß die Bemühungen um dieses Thema von dieser Seite weitergeführt und daß die wiederholt zu beobachtenden Schwierigkeiten der Verständigung einzelner sozialwissenschaftlicher Branchen zügig abgebaut werden.

Michael Geyer

Widerstand und Verfolgung in Wien 1934 – 1945. Eine Dokumentation, hrsg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Bd. 1: 1934 – 1938, Bd. 2 und 3: 1938 – 1945, Österreichischer Bundesverlag / Jugend und Volk Verlagsgesellschaft, Wien 1975, 612, 504 und 572 S., Ln., 91 DM.

Die gemeinsame Verfolgung und der Widerstand von Angehörigen jener beiden großen politisch-sozialen Gruppen, »marxistische« Arbeiterbewegung und katholisch-konservatives Bürgertum, die in der Ersten Republik in Bürgerkriegssituationen einander gegenüberstanden hatten, gelten mit Recht als die eigentliche Geburtsstunde der österreichischen Zweiten Republik und ihres seither erstaunlich stabilen politischen Systems. Gemeinsame Gegnerschaft gegen ein verhaßtes Diktaturregime und gegen eine zunehmend drückender empfundene fremde Besatzung von 1938 bis 1945, aber auch die Einsicht in die vorangehende Fehlerhaftigkeit und Verwerflichkeit der halbfaschistischen Diktatur Dollfuß' und Schuschniggs beschleunigten im antinationalsozialistischen Widerstand den Prozeß nationaler Selbstfindung und demokratischer Konsensbildung in Österreich, der im 19. Jahrhundert und vor allem nach 1918 schwer erschüttert, wenn nicht überhaupt blockiert worden war. Aus diesen Gründen ist die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes und der Verfolgung im Österreich des »christlichen Ständestaates« und des »Dritten Reiches« von doppelter staatspolitischer Bedeutung. Wenn auch das allgemeine politische Bewußtsein und der historische Schulunterricht in dieser zweifachen Hinsicht noch vieles zu wünschen übrig lassen, so gebührt ein Hauptverdienst an dem Erreichten dem Wiener »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW), in dem sich 1963 Widerstandskämpfer verschiedener weltanschaulicher Überzeugungen, vor allem Angehörige der SPÖ, KPÖ und ÖVP, zu Zwecken politischer Pädagogik und wissenschaftlicher Forschung zusammengefunden haben. Sind daraus schon bisher eine Reihe zum Teil sehr beachtenswerter wissenschaftlicher Untersuchungen hervorgegangen, so hat nun das DÖW ein Projekt in Angriff genommen, das den Widerstand in allen österreichischen Bundesländern auf breiter Basis dokumentieren soll. Wien, das »am Widerstand verhältnismäßig großen